

Wieso Lesbos die Flüchtlinge behalten will

Die griechische Regierung hat Angst vor der «Moria-Taktik» der Flüchtlinge. Diese könnte Flüchtlinge in anderen Lagern zu ähnlichen Aktionen animieren. Die EU derweil sieht in Lesbos eine Vorlage für die Zukunft.

Gerd Höhler aus Athen und Remo Hess aus Brüssel

LESBOS. Die Zelte für rund 5000 Menschen im Lager Kara Tepe auf Lesbos sind bereit. Aber die meisten der gut 12000 Flüchtlinge, die vergangene Woche bei den Bränden im Lager Moria ihre Unterkunft verloren, zögern. Gestern hatten erst etwa 1000 Menschen das neue Camp bezogen. Viele von ihnen sitzen seit Jahren auf Lesbos fest. Sie hatten gehofft, mit der Feuerkatastrophe würde sich für sie der Weg aufs griechische Festland und nach Europa öffnen. Jetzt fürchten viele Menschen, dass sie in dem neuen Lager dauerhaft eingesperrt bleiben. Die griechische Regierung aber macht Druck. Migrationsminister Notis Mitarakis sagte gestern: «Die Umsiedlung in das neue Lager ist nicht freiwillig.» Notfalls werde die Polizei die Migranten mit Zwang in das Lager bringen. Was überrascht: Dass andere Länder den Griechen unter die

Arme greifen und die Flüchtlinge aufnehmen, will Griechenland nicht. Die Regierung in Athen fürchtet, dass das ein falsches Signal senden würde und bald andere Flüchtlingsgruppen die «Moria-Taktik» anwenden könnten. Kurz: Umsiedlungen aufs griechische Festland oder gar die Reiseerlaubnis in andere Länder Europas könnten dazu führen, dass Flüchtlinge auch in anderen Lagern Feuer legen, um eine Weiterreise zu erzwingen. Gestern Abend brach auf der griechischen Insel Samos nahe des dortigen Flüchtlingslagers ein Feuer aus. Die Ursache ist noch unklar.

Die Regierung fürchtet darüber hinaus, dass Umsiedlungen aufs Festland neue Migranten ermuntern könnte, von der türkischen Küste zu den griechischen Inseln übersetzen. Damit würden alle Bemühungen um eine Begrenzung der Flüchtlingsströme zunichtegemacht. Neuankömmlinge aus der Türkei sollen deshalb künftig auf Lesbos und den vier Inseln Chios, Samos, Kos und Leros in

geschlossenen Lagern untergebracht werden. Auf Lesbos könnte ein solches Lager auf dem Gelände des abgebrannten Camps Moria gebaut werden – trotz des Widerstands der Bevölkerung. Es gibt Überlegungen, dieses Lager in Zusammenarbeit mit der EU zu bauen und zu führen. Im Idealfall könnte das neue Lager auf Lesbos gar als Blaupause dafür dienen, wie die EU künftig alle Migranten empfangen wird. Von einem «Pilotprojekt» sprach etwa Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Neue, besser ausgebaute Migrationszentren sind neben einem verstärkten Grenzschutz und Rückführungsabkommen der Dreh- und Angelpunkt des neuen Migrationspakts, den die EU-Kommission am 23. September vorstellen will. Die Zentren sollen von lokalen Behörden und den EU-Agenturen gemeinsam betrieben werden. Entscheidend sollen dabei beschleunigte Asylverfahren sein: Asylsuchende sollen innert weniger Wochen erfahren, ob sie überhaupt

Hilfe und Festnahmen

Die Umverteilung von Migranten ist nach wie vor umstritten. Dies zeigt sich auch jetzt am Beispiel Moria. Ausser Deutschland, das gestern die Aufnahme von 400 Familien (insgesamt 1500 Personen) angekündigt hat, finden sich bis jetzt bloss eine Handvoll Staaten, die sich zur Übernahme von unbegleiteten Minderjährigen verpflichtet haben, darunter die Schweiz. Die griechischen Sicherheitskräfte haben gestern fünf mutmassliche Brandstifter festgenommen, die den Brand von vergangener Woche verursacht haben sollen. Aus Kreisen der Polizei hiess es, die fünf mutmasslichen Brandstifter seien Afghanen, deren Asylanträge abgelehnt worden waren.

Anspruch auf Asyl haben. Dieser Entscheid soll in Zukunft bereits in den geplanten Erstaufnahmezentren – etwa auf Lesbos – gefällt werden.

Vergleichen könnte man den Ansatz mit den Schweizer Bundesasylzentren, in denen die Verfahren im Durchschnitt nur noch 50 Tage dauern. Nur bei einem positiven Asylentscheid oder wenn zusätzliche Abklärungen nötig sind, werden die Migranten auf die Kantone verteilt.

Die EU versucht seit fünf Jahren vergeblich, ihr gemeinsames Asylsystem zu reformieren. Ein Problem ist, dass die Staaten an den Aussengrenzen überzeugt werden müssen, solche Asylzentren bei sich einzurichten. Andererseits ist die Frage der Verteilung von Asylsuchenden weiterhin ungelöst: Einige Länder wie Ungarn, Dänemark oder Österreich lehnen eine Verteilung strikt ab. Sie wollen vielmehr «flexible Solidarität» leisten und die Staaten an den Aussengrenzen finanziell und personell unterstützen.

Ringens um den Schutz des Trinkwassers

Der Ständerat will das Trinkwasser zwar besser schützen. Nach seinem Entscheid vom Montag befürchtet Kurt Seiler, Leiter des Interkantonalen Labors in Schaffhausen, jedoch einen Stillstand.

SCHAFFHAUSEN. Seit Montag steht fest: Auch der Ständerat will das Trinkwasser besser schützen. Dass der Ständerat nach dem Nationalrat die Trinkwasser- und Pestizidverbots-Initiative ablehnen würde, galt als sicher. Die Volksbegehren wollen den Einsatz von Pestiziden verringern respektive verbieten. Umstritten war jedoch, mit welchen Vorschlägen der Ständerat auf die Volksbegehren antworten würde. Inzwischen ist klar: Er hat den Kompromiss gewählt.

Konkret will der Ständerat den Bauern und Landwirten keine Prozente oder Fristen mehr vorgeben, um Stickstoff und Phosphor zu reduzieren. Beides bis 2025 um 10 Prozent und bis 2030 um 20 Prozent zu verringern, war umstritten. Der Bundesrat soll die Reduktionsziele und die Methoden für deren Berechnung festlegen. Stickstoff ist zum Beispiel in Form von Ammoniak in Gülle enthalten, das in die Luft entweicht und mancherorts zu einer Überdüngung von grossen Landschaftsflächen und zu weniger Biodiversität führt.

«Mit den Lenkungsabgaben fällt ein wichtiges Druckmittel weg, überhaupt weniger Pestizide zu verwenden. Was macht man dann?»

Kurt Seiler
Leiter des Interkantonalen Labors in Schaffhausen

«Der Ständerat hat zwar erkannt, wie wichtig das Thema ist, aber mit seinem Entscheid sagt er auch, dass er nichts machen will», sagt Kurt Seiler, Leiter des Interkantonalen Labors in Schaffhausen. Er machte vor zwei Jahren national auf die Abbauprodukte des Pestizids Chlorthalonalil im Trinkwasser aufmerksam, als er die Kampagne «Pestizidrückstände im Schweizer Trinkwasser» koordinierte. «Wir haben seit 20 Jahren einen Stillstand, und ohne konkrete Vorgaben an die Landwirtschaft befürchte ich, dass wir hier kaum vorwärtskommen werden», sagt Seiler. Solche Ziele seien bislang stets in den Umweltzielen des Bundes

formuliert, aber dennoch nie erreicht worden. Mit dem Klimawandel und den Pestizidrückständen erhöhe die bedeutende Stickstoffbelastung den Druck auf das Wasser zusätzlich. «Wir verlieren wertvolle Zeit», sagt Seiler.

Wichtigstes Druckmittel fällt weg

Anders sieht das der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP). In der Ständerats-Debatte sagte er, er sei zwar für klare Vorgaben, könne gleichzeitig den Bauern keinen Vorwurf machen, wenn die Grenzwerte von Chlorthalonalil über Nacht um das Hundertfache verschärft würden. «Die Bauern haben die Grenzwerte eingehalten. Über Jahre hiess es vonseiten der Behörden, es sei alles in Ordnung. Und dann wird kurzfristig entschieden, dass das Pflanzenschutzmittel nicht mehr verwendet werden darf», sagt Germann später im Gespräch. Das sei nicht seriös. «Stoffe, die Jahre brauchen, bis sie im Grundwasser sind, verschwinden auch nicht einfach über Nacht.»

Seiler hat Verständnis, dass sich die Bauern vor den Kopf gestossen fühlen, wenn die Wirkung der Stoffe kurzfristig neu eingestuft wird. «Aber wir haben schon länger darauf hingewiesen, dass dies passieren könnte, sind aber nicht auf offene Ohren gestossen, weder bei den Landwirten, noch bei Gesundheitsminister Alain Berset.»

Am Montag entschärfte der Ständerat den faktischen Gegenvorschlag zu den Pestizid-Initiativen zudem in einem wichtigen Punkt: Eine Mehrheit votierte für den Antrag von Hannes Germann, keine Lenkungsabgaben zu ermöglichen für den Fall, dass die Reduktionsziele nicht erreicht werden. Germann sagt: «Bei der Lenkungsabgabe hat die Kommissionsmehrheit weder eine Maximalhöhe festgelegt, noch die Voraussetzungen definiert oder gesagt, was mit den Mitteln passieren soll.»

Selbst wenn Seiler zugibt, dass dieses Instrument aufwendig sei, sagt er: «Damit fällt ein wichtiges Druckmittel weg, überhaupt weniger Pestizide zu verwenden. Was macht man dann?» Es brauche Alternativen, aber die Politik habe keine präsentiert.

Germann widerspricht: «Lenkungsabgaben sind kein wirksames Druckmittel und helfen auch der Umwelt nicht, sondern verteuern die Produkte.» Selbst beim Auto hätte man die Abgaben auf Treibstoff verschiedentlich erhöht, weniger Auto sei deswegen nicht gefahren worden. Der faktische Gegenvorschlag geht nun in den Nationalrat. *Andrea Tedeschi*

Anzeige

SPAR

Wow!
Da staunt die Schweiz: unsere Top Deals der Woche.
Gültig von Di, 15.9. bis Sa, 19.9.2020

Frifag Pouletgeschneitztes
ca. 600 g
Schweizer Geflügel
100 g = 2.55
26%

Emmi UHT Milchdrink
6 x 1 Liter
21%

Insoglio
Tenuta di Biserno
7.5 dl
Italien, Toskana
Cabernet Sauvignon, Merlot, Syrah, Petit Verdot
25%

Amarone della Valpolicella
Lo Trago Cantina Accordini
7.5 dl
Italien, Veneto
Corvina, Rondinella, Molinara
Exklusiv bei SPAR erhältlich
47%

Rivella
alle Sorten
6 x 1.5 Liter
35%

Hakle Toilettenpapier
alle 24er-Packungen
z.B. Hakle «klassische Sauberkeit weiss»
3-lagig, 24 x 150 Blatt
40%

Zweifel Chips Paprika/Nature
280 g
20%

Auf gute Nachbarschaft.
Solange Vorrat. Abgabe nur in Haushaltsmengen. Alle Preise in Schweizer Franken. Satz- und Druckfehler vorbehalten. SPAR verkauft keinen Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren.

SPAR